

## Vernehmlassung zur Finanzierung der Pensionskasse

**Der Staatsrat schickt ein Projekt zur langfristigen Finanzierung der Pensionskasse in Vernehmlassung. Die Föderation der Personalverbände der Staatsangestellten des Kantons Freiburg (FEDE) lädt die Versicherten zur Teilnahme an der Vernehmlassung durch Favorisierung einer der fünf Varianten bis 8. Juli 2014 ein. Gleichzeitig engagiert sich die FEDE dafür, dass der Staat seine Verpflichtungen und seinen Anteil an der Finanzierung aufrechterhält.**

Freiburg muss die Finanzierung seiner Pensionskasse neu aufgleisen. Im Gegensatz zu anderen Kantonen, wo solche Reformen bereits im Gang sind, gibt es bei uns keine Probleme wie Missmanagement oder finanzielle Schräglage der Pensionskasse des Staatspersonals Freiburg (PKSPF). Die finanzielle Neuregelung hängt mit rechtlichen Verpflichtungen und externen Faktoren wie der steigenden Lebenserwartung zusammen.

Seit 2010 schreibt das Gesetz (Bundesgesetz vom 17. Dezember zu den Änderungen im BVG) vor, dass die öffentlich-rechtlichen Kassen bis spätestens 2052 einen Deckungsgrad von 80 Prozent erreichen müssen. Darüber hinaus empfiehlt die Schweizerische Kammer der Pensionskassenexperten eine signifikante Reduktion des technischen Zinssatzes (längerfristige Zinserwartungen), was zu einer markanten Senkung des Deckungsgrades führt. Es wurde ein Gutachten zu den Auswirkungen der verschiedenen Faktoren und zu den Perspektiven der PKSPF erstellt. Die Schlussfolgerung des Gutachtens ist klar: Bei der langfristigen Finanzierung besteht ein Fehlbetrag, die Kasse wird das gesetzlich vorgegebene Ziel verfehlen.

Die von der Bundesgesetzgebung festgelegte Frist für das Einreichen eines entsprechenden Finanzierungsplans läuft am 31. Dezember 2014 ab. Angesichts dieses Zeitrahmens hat der Vorstand der PKSPF einen Vorschlag auf der Grundlage der Opfersymmetrie erarbeitet, wonach der Finanzierungsaufwand zu 50 Prozent vom Arbeitgeber und zu 50 Prozent von den Versicherten getragen wird (je 25 Prozent zulasten der aktiven Versicherten und der Rentenbezüger). Für die Rentenberechtigten bedeutet der Aufwand eine

Begrenzung des jährlichen Teuerungsausgleichs auf maximal 0.54 Prozent. Die aktiven Versicherten müssen wählen zwischen höheren Beiträgen in der Gegenwart (Beitragserhöhung) bei gleichbleibenden Leistungen oder einer späteren Leistungsreduktion bei nur geringer oder ohne Beitragserhöhung. Der Vorstand der PKSPF hat fünf Varianten erarbeitet, welche diese beiden Optionen aber auch unterschiedliche Kombinationen davon beinhalten. Die Staatsangestellten sind nun eingeladen, Stellung zu nehmen.

Es ist natürlich eine bittere Situation, und der Handlungsspielraum ist begrenzt. Die Notwendigkeit einer solchen Refinanzierung ist für die FEDE jedoch unbestritten. Wir laden daher alle Mitarbeitenden der öffentlichen Dienste ein, den Fragebogen zu benutzen, der mit dem Versicherungsausweis verschickt wurde, und sich somit an der Vernehmlassung zu beteiligen. Die Webseite der PKSPF bietet umfassende Informationen sowie eine Tabelle, mit der alle Interessierten die Auswirkungen und Kosten der verschiedenen Varianten für ihre persönliche Situation simulieren können.

Die FEDE wird wachsam sein und dafür sorgen, dass der Staat seinen Verpflichtungen nachkommt und seinen Anteil an der Finanzierung nicht reduziert. Wir werden uns dafür starkmachen, dass die aktuelle Beitragsaufteilung (57.8 Prozent zulasten Arbeitgeber, 42.2 Prozent zulasten Angestellte) erhalten bleibt oder sich zugunsten der Beschäftigten verbessert. Als Sozialpartner wird sich die FEDE in den Verhandlungen mit aller Kraft dafür einsetzen, dass der Anteil des Staates gleich bleibt und das Leistungsniveau langfristig gesichert wird.

## Hände weg von unserer Schule!

**Unter diesem Motto haben am 9. April über 2000 Lehrpersonen aller Stufen demonstriert. Der Slogan trifft das Wichtigste: Es geht um die Qualität der Freiburger Schule, und die Lehrpersonen sind bereit, diese zu verteidigen. Neben den Lehrpersonen ist aber auch die gesamte Bevölkerung betroffen. Die allgemeine Verbundenheit mit der Schule zeigt sich auch in der breiten Unterstützung, welche die entsprechende Petition erhalten hat.**



Die Demonstration vom 9. April wurde breit getragen. Über 2000 Lehrpersonen aller Stufen gingen auf die Strasse. Dieser grosse Erfolg wurde von allen Medien und auch von der Westschweizer Lehrgewerkschaft (Syndicat des enseignants romands SER) gut aufgenommen. Abgesehen von der hohen Zahl der Teilnehmenden kam auch die Solidarität unter den Schulstufen klar zum Ausdruck.

Die Freiburger Lehrpersonen demonstrieren nicht oft, aber wenn sie es tun, dann richtig. Und sie haben auch allen Grund dazu. Das neue Sparpaket, das im Frühling 2014 in die Vernehmlassung geschickt wurde, ist der berühmte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt, wie mehrere Redner festhielten. Auch der Bereich der Schule war von den Sparmassnahmen betroffen, die kürzlich für den gesamten öffentlichen Dienst verkündet wurden. Und schon wird der Bereich erneut geschöpft mit der Begründung, dass die Schule den grössten Anteil an den staatlichen Ausgaben hat (36%) und daher einen zusätzlichen Beitrag an die Sanierung der kantonalen Finanzen leisten könne und solle.

Der Bereich Schule ist in Freiburg jedoch bereits sehr restriktiv geregelt. Die Ressourcen fliessen spärlich und die Ausreizung der Klassengrößen ist im Schweizer Durchschnitt bereits hoch. Abgesehen von der Sparpolitik herrscht auch eine allgemeine Unsicherheit. Ein neues Schulgesetz

ist unter Dach und wird zahlreiche Neuerungen mit sich bringen. Bei der Umsetzung des Konzepts Sonderpädagogik bleibt noch vieles unklar und die Lehrpersonen fragen sich, was für zusätzliche Vorgaben sie in naher Zukunft auch noch erfüllen müssen. Das Zusammenspiel dieser Faktoren führt zu viel Unruhe und Unsicherheit für alle in den Lehrberufen Tätigen, die im Prinzip nur eines wünschen: In Ruhe unterrichten können!

Aus all diesen Gründen fordern die Organisationen des Lehrpersonals den ersatzlosen Rückzug der neuen Sparmassnahmen. Sie zeigen sich erfreut, dass es gelungen ist, ein starkes Signal an den Staatsrat zu senden und zu beweisen, dass die Freiburger Schule in der Lage ist, breit zu mobilisieren. Die Petition mit Titel «Ein solidarisches NEIN zu sämtlichen geplanten Sparmassnahmen des Staatsrats» wurde am 1. Mai an die Regierung übergeben. Mit 7200 Unterschriften wurde dieses Begehren weit über die Kreise der Lehrpersonen hinaus unterzeichnet, unter anderem von Eltern und weiteren Interessierten, die besorgt sind über die Zukunft der Schule.

Die FEDE verfolgt die Entwicklung dieser bedenklichen Angelegenheit mit grosser Aufmerksamkeit und unterstützt die Lehrpersonen in allen ihren Anstrengungen. Die FEDE ist gespannt auf den Bericht zur Vernehmlassung und die weiteren Entscheide des Staatsrats.